

Kölner Stadtanzeiger vom 20.01.2015, S. 8

# CDU: Nicht vor Franken-Krediten gewarnt

**FINANZEN** Etliche NRW-Städte haben Geld in der Schweiz geliehen – und eine teure Sorge mehr

VON HILMAR RIEMENSCHNEIDER

**Düsseldorf.** Seit die Schweizer Nationalbank den Wechselkurs des Franken freigegeben hat, wälzen die Kämmerer zahlreicher Städte die Bücher. Nach Angaben des Innenministeriums haben mindestens 25 Kommunen in früheren Jahren Kredite von 1,9 Milliarden Euro in Fremdwährung aufgenommen – die meisten in Schweizer Franken. Seit dem ersten Kursprung dürfte die Summe gestiegen sein. Denn die einst günstigen Darlehen sind mit dem Absturz des Euro gegenüber dem Franken zum Verlustgeschäft geworden, weil die Kreditsummen wachsen. Zunächst nur in den Büchern. Doch die Experten erwarten auch reale Verluste.

Allein die Stadt Essen hat so – zumindest auf dem Papier – 75 Millionen Euro mehr Schulden, Bochum 30 Millionen. Auch Bottrop, Recklinghausen und Münster müssen rechnen.

Der Städte- und Gemeindebund empfahl seinen Mitgliedskommunen, die Risiken neu zu bewerten und dann zu entscheiden, wie sie abgesichert werden können. Ein Sprecher sagte, es gehe nicht nur um direkte Kredite in Fremdwährung, sondern ebenso um Mischprodukte, in denen Währungsgeschäfte enthalten seien. Überdies sollten die von der früheren Landesbank WestLB bei solchen Geschäften beratenen Städte die Protokolle überprüfen, ob sie wegen

falscher Beratung klagen können. Derweil bekräftigte eine Sprecherin des Innenministeriums, dass die Landesregierung hier keine Handhabe besitze. Den Kommunen dürfe sie hier nicht reinreden. Dagegen sah CDU-Fraktionsvize André Kuper bei Kommunalminister Ralf Jäger (SPD) eine klare Mitverantwortung – weil der lange keine Risiken in den Franken-Krediten gesehen habe. Kämmerern, die „nicht ohne Not danach gegriffen hätten“, sei dieses Geschäft als problemlos empfohlen worden.

## Auch Mechernich ist betroffen

Grundsätzlich müsse gelten: „Mit Steuergeld spekuliert man nicht“, betonte Kuper. Er forderte als Konsequenz für die Kommunen: „Ungesicherte Spekulationsgeschäfte sollten zukünftig nicht mehr möglich sein.“ Betroffen sind auch überschuldete Städte im Stärkungspakt: Wie groß der Scha-

den für sie ist, zeigt sich am Jahresende. Dann erst will sich das Innenministerium darum kümmern, um zu sehen, ob die Kommunen die gesteckten Sparziele erreichen. Kuper betont, der Schaden bleibe am Ende beim Steuerzahler hängen. „Auf jeden Fall haben die Bürger durch diese Spekulationsgeschäfte das Nachsehen.“

Auch die Stadt Mechernich hat einen Kredit in Schweizer Franken aufgenommen. 2009/2010 hat sich die Kommune über einen Kredit, der auf dem Schweizer Wechselkurs beruht, 19,7 Millionen Franken (damals 12,9 Millionen Euro) geliehen – für ein neues Rathaus und ein Polizeigebäude. Da lag der Zinssatz in der Schweiz um ein Prozent niedriger als in Deutschland, man konnte 100 000 Euro pro Jahr sparen. Der Wechselkurs damals: 1,60 Franken/Euro. Das Kursrisiko schlage sich nun auf die jährlichen Zinsen in Höhe von ma-



Norbert Walter-Borjans Foto: dpa

ximal 235 000 Euro nieder, teilte Mechernichs Kämmerer Ralf Claßen mit. Für die Stadt ergäbe sich eine theoretische Mehrbelastung für 2015 von maximal 50 000 Euro. Der Kämmerer hat die erzielten Einsparungen für die Tilgung auf einem Extra-Konto in Euro angelegt (bisher 2,3 Millionen). Die Stadt zahlt also „nur“ die Zinsen in Franken.

Ansonsten sind die Schweizer Kredite im Rheinland eher selten. Leverkusen winkt ebenso wie Köln ab, auch die Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises und viele Gemeinden aus dem Rhein-Erft-Kreis haben keine Schweizer Sorgen. Das Land ist ebenfalls nicht betroffen. Finanzminister Norbert Walter-Borjans: „NRW hat keine risikobehafteten Fremdwährungsanleihen im Portfolio. Denn sämtliche Anleihen in Fremdwährung, die das Land begeben hat, sind durch Sicherungsgeschäfte vollständig abgesichert.“ (mit RA, bce, kp)

## Frankreichs Kommunen besonders betroffen

**Kein Nachbarland** ist von dem Entscheid der Schweizer Staatsbank stärker betroffen als Frankreich. Zahllose größere und kleinere Körperschaften des Landes haben in den letzten Jahren Darlehen in Schweizer Franken aufgenommen, weil deren Zinsen sehr tief lagen. Allerdings sind sie variabel – und erreichen nach dem jüngsten Kurssprung ungekannte Ausmaße.

**Geradezu „katastrophal“** (so die Zeitung „Libération“) ist die Situation für die 36 000 Gemeinden. Die Zuschüsse des Staates sinken, so dass sich die Kommunen zunehmend verschulden. Einzelne Bürgermeister – wie in der bretonischen Gemeinde Elven – drohen mit dem Konkurs. Dann muss der Staat die Verantwortung für die Kommunalausgaben übernehmen. (brae)